

Wahlprogramme in freiberuflicher

Die aktuell im Deutschen Bundestag vertretenen Parteien haben ihre Programme zur Bundestagswahl 2017 vorgelegt. CDU/CSU er- das Gesundheitswesen (S. 38). Die SPD weist nicht explizit auf die Freien Berufe en gros, sondern auf freiberufliche Kulturschaffende (S. 22) und bei der Gemeindewirtschaftsteuer (S. 38). Bündnis 90/Die Grünen sprechen die Freien Berufe bei der Einbeziehung in die



	CDU CSU	SPD
Freie Berufe in Europa	Abbau der hohen Jugendarbeitslosigkeit in der EU • Europäisches Handeln bei Forschung und Entwicklung, dem digitalen Binnenmarkt und der Energieunion • Körperschaftsteuern von Frankreich und Deutschland sollen einander angenähert und harmonisiert werden	Einführung eines europäischen Investitionsprogramms, u. a. für modernste Infrastruktur, Bildung und Ausbildung, Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit • Schaffung eines permanenten Jugendbeschäftigungsfonds • Europäisches Mobilitätsprogramm zur Unterstützung junger Menschen bei der Ausbildungs- und Arbeitsplatzsuche im Ausland • Harmonisierung der Unternehmensbesteuerung und des Steuervollzugs • Aufbau einer Wirtschaftsregierung für den Euro-Raum • Stärkung des Europäischen Parlaments, u. a. vollständige Mitwirkung an der Wirtschafts- und Währungspolitik, vollständiges Budgetrecht, Recht zur Wahl der einzelnen Kommissionsmitglieder und Initiativrecht für Gesetze • EU-Kommission reformieren • Breitband für alle
Berufsrechte, Regulierung & Selbstverwaltung	Erhalt des Meisterbriefs • Verzicht auf Kontrolle und Regulierung bei neuen Gesetzgebungsvorhaben	Stärkung und Modernisierung der Selbstverwaltung als Grundprinzip der Sozialversicherungen • Regulierung der Finanzwirtschaft • Stärkung des Systems zulassungspflichtiger Handwerksberufe sowie des Meisterbriefs
Digitalisierung	Flächendeckend superschnelles Internet/Glasfasernetze bis 2025 • Digitales Bürgerportal und elektronisches Bürgerkonto für alle Verwaltungsleistungen • Rechtssichere elektronische Signatur • Staatsminister für Digitalpolitik beim Bundeskanzleramt • Kabinettsausschuss „Digitalpolitik“ • „Nationaler Digitalrat“ • „Gigabit-Gesellschaft“: Daten für alle überall in Echtzeit verfügbar • Ausbau der „Wirtschaft 4.0“ bis hin zu kartellrechtlichen Anpassungen zur Stimulierung von Plattformen im Bereich Mobilität und Gesundheit	Breitband für alle im Jahr 2025 • Öffentliche und kostenlose WLAN-Hotspots • Netzneutralität • Offen verfügbare digitalisierte Lernmaterialien und verstärkt offene Bildungsinhalte (Open Educational Resources) • Aufbau vernetzter digitaler Lern-Plattformen • Digitalisierungsangebote für ältere Menschen • (Digitale) Ausbildungsstrategie für die Arbeitswelt 4.0 • Unterstützung der Hochschulen bei der Digitalisierung ihrer Campus-Systeme und Lernplattformen • Förderung offener Kanäle für wissenschaftliche Kommunikation und Publikation (Open Access)
Datenschutz	Schutz höchstpersönlicher Daten durch das E-Health-Gesetz • Einrichtung eines elektronischen Bürgerportals und eines elektronischen Bürgerkontos • Rechtssichere und praktikable elektronische Signatur für Bürger und Wirtschaftsteilnehmer • Regelung des generellen Zugangs zu Daten für wirtschaftliche Zwecke und von Befugnissen der Sicherheitsbehörden sowie berechtigter Datenschutzinteressen der Bürger • Mindestspeicherfrist für Daten • Erleichterung des Zugangs der Sicherheitsbehörden zu vorhandenen Datenbanken	Einführung eines Beschäftigtendatenschutzgesetzes • Gewährleistung des Rechts auf Privatsphäre • Daten-Ethikkommission für Dialog von Zivilgesellschaft, Wissenschaft und Wirtschaft

Lesart

wählen die Freien Berufe in der Passage „Selbstständigkeit und Mittelstand stärken“ (S. 14) sowie im Hinblick auf (S. 89) hin. Die Linke adressiert die Freien Berufe bei der Einbeziehung in die gesetzliche Rentenversicherung gesetzliche Rentenversicherung (S. 199) an; Verweise auf freiberufliche Hebammen finden sich auf S. 202.

DIE LINKE.



Ausbau der Rechte des Europäischen Parlaments, z.B. Initiativrecht, Wahl bzw. Abwahl der EU-Kommission und ihres Präsidenten • Achtung des Grundsatzes der Subsidiarität • Stärkung der Grundrechte, z.B. keine verdachtsunabhängige Datenspeicherung und kein Profiling, Betonung des europäischen Datenschutzes, Sicherung des Rechts auf anwaltliche Unterstützung und Übersetzung beim europäischen Haftbefehl und der europäischen Ermittlungsanordnung • Forderung eines öffentlichen europäischen Investitionsprogramms, vor allem im Hinblick auf öffentliche und soziale Dienstleistungen • Unterbindung des Unterbietungswettbewerbs um die niedrigsten Steuern, Löhne und Sozialleistungen, Kampf gegen Steuerflucht und Steueroasen • Vorrang sozialer Grundrechte und der Tarifautonomie vor der Binnenmarktfreiheit • Neben Demokratie und Rechtsstaatlichkeit auch Schutz der Sozialstaatlichkeit in den EU-Verträgen

Einführung eines Zukunftsfonds im Rahmen des EU-Haushalts • Effektivere Maßnahmen gegen Steuervermeidung und Steuerhinterziehung • Körperschaftsteuerbemessungsgrundlage mit Mindeststeuersatz für alle in der EU ansässigen Unternehmen verbinden • Einführung von Mindeststandards im Bereich der sozialen Sicherung und des Arbeitsmarktes, z. B. „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit am selben Arbeitsplatz“ • Stärkung der europäischen Jugendgarantie: Garantie auf Ausbildungs- oder Arbeitsplatz spätestens 4 Monate nach Schulabschluss • Stärkung des Europäischen Semesters • Einführung einer europäischen Arbeitslosenversicherung • Stärkung des Europäischen Parlaments, etwa durch ein Initiativrecht, die gleichberechtigte Mitwirkung bei der Wirtschafts- und Währungsunion oder eine erleichterte Abwahl der EU-Kommission • Umwandlung der aktuellen EU-Rettungsmechanismen in einen Europäischen Währungsfonds • Volle bürgerliche, soziale und politische Rechte für Unionsbürger • Fortentwicklung der Unionsbürgerschaft zu einer europäischen Staatsbürgerschaft

Sicherung der strukturellen Unabhängigkeit der Justiz • Selbstverwaltung der Gerichte und Staatsanwaltschaften durch Justizräte • Schaffung branchenspezifischer Mindesthonorarregelungen

Mitspracherechte für Pflege- und andere Gesundheitsberufe in Gremien der Selbstverwaltung • Selbstverwaltete Anwaltschaft als unabhängiges Organ der Rechtspflege, um Zugang zum Recht für alle Menschen gleichermaßen zu gewährleisten • Branchenspezifische Mindesthonorare für Künstler

Schnelles Internet flächendeckend • Regulierung der Cloud- und Crowd-Arbeit • Rechtsanspruch auf mobiles Arbeiten und Home-Office mit verbindlichem tarifvertraglichem Schutz • Ausbau der IT-Infrastruktur an Schulen und Hochschulen • Gesamtstaatliche Digitalisierungsstrategie • Open-Access-Strategie im Kulturbereich sowie barrierefreier Zugang zur Kultur • Digitalisierung sozial gerecht und am Gemeinwohl orientiert

Schnelles (Glasfaser-)Internet überall bis an jede Haustür (FTTB), u. a. durch öffentliche Breitbandgesellschaften • Echte Netzneutralität für alle • Ausbau des zukünftigen 5G-Mobilfunknetzes • Zugang für alle bei Digitalisierung des kulturellen Erbes • Mehr öffentliche Förderung für die Entwicklung freier Standardssoftware • Bei Nichteinhaltung der vertraglich zugesicherten Mindestbandbreiten Bußgelder und Schadensersatzzahlungen an Kunden • Barrierefreie E-Government Dienstleistungen • Verpflichtung der Behörden, vorhandene Daten kostenfrei maschinenlesbar und unter freier Lizenz der Öffentlichkeit verfügbar machen

Keine zentrale Speicherung von Daten, die mit der elektronischen Gesundheitskarte erhoben werden • Verbot der Einsicht Dritter in die dezentralen Datenspeicher ohne Zustimmung der Betroffenen • Keine Sperr- und Überwachungsinfrastruktur • Keine staatlichen Kontroll- und Zensurzugriffe sowie ökonomische Netzsperrungen und Haftungsverschärfungen für Provider bzw. Verbote, auf andere Webseiten zu verlinken • Stärkung der Datenschutzbeauftragten • Ende-zu-Ende-Verschlüsselung für Journalisten • Einführung eines Whistleblower-Schutzgesetzes • Berichtspflicht der Bestandsdatenauskunft von IP-Adressen

Beschäftigtendatenschutz • Moderner Datenschutz, höchste Standards bei der IT-Sicherheit, fairer Wettbewerb und Innovationsfähigkeit • Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik unabhängig stellen • Regulierung von Unternehmen im Bereich IT-Sicherheit • Whistleblower-Schutzgesetz



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2017



Geistiges Eigentum & Urheberrecht	Stärkung der Lebens- und Arbeitsbedingungen für künstlerisches Schaffen • Faire Wettbewerbsbedingungen und Maßnahmen zur Sicherung der Qualität der Medien • Stärkung der Medienkompetenz	Wissenschafts- und bildungsfreundliches Urheberrecht • Buchpreisbindung • Gerechter Interessenausgleich zwischen Urhebern, Verwertern und Nutzern • Ausdehnung des Prinzips der pauschalen Vergütung auf Online-Plattformen • Klare gesetzliche Regelung für den Verleih von E-Books
Wissengesellschaft & Dienstleistungssektor	Bandbreite der Wertschöpfung – bis hin zu Dienstleistungen – sichern • Neue Arbeitsplätze im Dienstleistungsbereich • Wirtschaft 4.0 inklusive Dienstleistungssektor als Weiterentwicklung von Industrie 4.0	Ausbau der Dienstleistungsforschung • Stärkung wissensbasierter Netzwerke
Bildungspolitik	„Nationale Weiterbildungsstrategie“ • Erhöhung der Forschungs- und Entwicklungsausgaben auf 3,5 % des BIP • Steuerliche Forschungsförderung in Höhe von 2 Milliarden Euro • „Biotechnologie-Agenda“ • Kindertages- und Betreuungseinrichtungen ausreichend ausstatten • Besondere Rücksicht bei der Studienplatzvergabe in Medizin auf Interessen des ländlichen Raums • Neue Schulen, Hochschulen und Forschungseinrichtungen insb. in neuen Bundesländern • Stärkung der digital innovativen Universitäten und Fachhochschulen • Stärkung der beruflichen Bildung, u. a. durch „Höhere Berufsbildung“ • „Masterplan Medizinstudium 2020“ • Fächerübergreifende Medienkompetenzen für Kinder in der Schule • „Digitale Bildungsoffensive“: Digitalpakt für allgemeinbildende und berufliche Schulen • Schaffung einer innovativen Bildungs-Cloud	Fortführung der „Allianz für Aus- und Weiterbildung“ mit dem Ziel „Garantie auf Ausbildungsplatz“ • Stärkung branchenbezogener Ausbildungsfonds • Ausbau der „Assistierten Ausbildung“ • Stärkung der „Ausbildungsbegleitenden Hilfen“ • Ausbau der Teilzeitausbildung • „Berufsschulpakt“, getragen von Bund und Ländern • Schulmodernisierungsprogramm • Gebührenfreie Ausbildung bis zum Master • Mindestausbildungsvergütung sowie Ankündigungsfristen der Arbeitgeber bei der Übernahme • Novellierung des Berufsbildungsgesetzes mit Schwerpunkt Verbesserung der Ausbildungsqualität • Verdopplung der Stipendien für Berufsbildungsabsolventen, mehr Weiterbildungsstipendien und duale Studiengänge • Stärkung der Grundfinanzierung der Hochschulen • Förderung der hochschulmedizinischen Forschung • Frauenanteil von mindestens 40% in Führungspositionen in der Wissenschaft • Förderung einer digitalen „Open University“ für Menschen ohne Abitur • Bis 2025 3,5% des BIP für Forschung und Entwicklung • Nationale Strategie für Hochleistungsrechner • Stärkere Verzahnung von Kompetenzfeststellung und Arbeitsmarktintegration, Kosten für Anerkennungsverfahren sozialverträglich gestalten, Rechtsanspruch auf Beratung zum Anerkennungsverfahren
Flüchtlingsintegration	Verbindliche Integrationsvereinbarungen mit Bleibewilligen • Regelmäßiges Integrations-Monitoring • Förderung von Frauen mit Migrationshintergrund	Für anerkannte Asylbewerber verpflichtende und berufsqualifizierende Sprachkurseangebote sowie Bildungs-, Ausbildungs- und Arbeitsangebote • Integrationskurse und berufsbezogene Sprachförderung mehr mit arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen wie Berufsorientierung, der Ausbildung und Beschäftigung in Betrieben verbinden • „3+2-Regelung“ auch für Studierende
Selbstständigkeit, Gründungen & Nachfolge	Masterplan „Selbstständigkeit“ • Meisterbonus zur Erstattung erfolgreich bestandener Meisterprüfung	Mittelstand und industrielle Basis stärken, wirtschaftspolitisches Programm „Innovationsmotor Mittelstand“ • Gründung regionaler Innovationsagenturen • Forschungsbonus für KMU • Zuschuss für digitale Ausrüstung für KMU, sofern sie sich zuvor beraten lassen und ein Digitalisierungskonzept vorlegen • Mittelstands- und Innovationscheck für Gesetze • Bürokratieabbau, schnelle Umsetzung der Digitalisierung in der Verwaltung • Recht auf „Gründer-Sabbatical“ für Wissenschaftler • Förderung sozialer Innovationen
Bürokratieabbau	„One in, one out“-Regel • Reduzierung der Zahl neuer Gesetzentwürfe um mindestens 10 %	Befreiung der Unternehmen von Statistik-, Buchführungs- und Aufzeichnungspflichten

DIE LINKE.



Anpassung des Urheberrechts an veränderte Bedingungen • Wissenschaftsschranke für Bildung und Forschung im Urheberrecht • Recht auf Remix sowie neue Lizenz- und Vergütungsmodelle etablieren • Recht auf Privatkopie • Abschaffung des Leistungsschutzrechts für Presseverlage • Kommunikations- und Medienfreiheit in traditionellen und digitalen Medien • Gemeinsame Vergütungsregeln, ausgehandelt von Verbänden der Urheber mit Vertretern der Verwerter, als Regelfall • Sammelklagerecht für Berufsverbände • Reform der Verwertungsgesellschaften und Verbesserung der Mitbestimmungsrechte von Künstlern

Bürgerrechtkonformes Urheberrecht • Unabhängigkeit des Bundesamt für Sicherheit in der Informationstechnik (BSI) • Öffentliche Förderung für die Entwicklung von freier Standardsoftware • Aktive Unterstützung des Mittelstandes im Bereich Datenschutz- und IT-Sicherheit, Anreize für datenschutzfreundliche Lösungen • Durchgehende Ende-zu-Ende-Verschlüsselung

Ausbau gesellschaftlich notwendiger Dienstleistungen

Mit „Öko – Made in Germany“ Produkte und Dienstleistungen entwickeln, Lebensqualität verbessern und Arbeitsplätze schaffen

Mehr Personal in Bildung und Erziehung, lebenslang gleiche Chance und gleicher Zugang zu Bildung, inklusives Bildungssystem • Lehr- und Lernmittelfreiheit, kostenfreie Verpflegung in Kita und Schule, Ausbau digitaler Infrastruktur, inklusive und Gemeinschaftsschule • Bildung als Gemeinschaftsaufgabe im Grundgesetz verankern • Unbefristete Verträge an Hochschulen als Regel • Bundesweit vergleichbare Standards in der Bildung durch Bildungsrahmengesetz • Ausbildung der Erzieher in der frühkindlichen Bildung auf Hochschulniveau • Anonymisierte Bewerbungsverfahren, gesetzlich geregelte Mindestausbildungsvergütung, Rechtsanspruch auf gebührenfreie vollqualifizierende Ausbildung • Recht auf gute Weiterbildung, Bildungsfreistellung für alle Beschäftigten gesetzlich sichern • Einführung eines Hochschulzulassungsgesetzes, zulassungsfreier Zugang zum Master, Entfristung des Hochschulpakts, Einstellung der Exzellenzinitiative und Verwendung dieser Mittel für Grundfinanzierung • Eltern-unabhängiges BAföG, rückzahlungsfrei in Höhe von 1.050 Euro netto, ohne Altersgrenze • Abschaffung des Deutschlandstipendiums • Anerkennung ausländischer Bildungs- und Berufsabschlüsse vereinfachen • Mitbestimmungsrechte von Auszubildenden stärken

Mindestens 7% des BIP für allgemeine Bildung und mindestens 3,5% in Forschung und Entwicklung bis 2025 • 3 Milliarden Euro jährlich insb. für frühkindliche Förderung • Neugestaltung der Erzieherausbildung • Nationaler Aktionsplan „Bildung für nachhaltige Entwicklung“ • 10 Milliarden Euro für Modernisierung von 10.000 Schulen • Aufhebung des Kooperationsverbots zwischen Bund und Ländern • Gemeinsame Bildungsoffensive der Länder • Einführung einer Ausbildungsgarantie, dazu branchen- und regionsspezifische Umlagen zur solidarischen Finanzierung der Berufsausbildung • Mindestausbildungsvergütung • BAföG für jedes Alter und Teilzeitstudium öffnen, mittelfristig Studierendenzuschuss für alle und Bedarfzuschuss für ärmere Studierende • Vermittlung von Digitalkompetenzen in Schulen und der Weiterbildung • „BildungsZeitPlus“-Finanzierungsprogramm für Weiterbildung und für nachträglichen Erwerb von Schul- oder Berufsabschlüssen • Schnelle und großzügige Anerkennung von ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüssen

Vom Aufenthaltsstatus unabhängiger, frühzeitiger Zugang von Migranten und Geflüchteten zu Integrations- und Sprachkursen • Bundesministerium für Migration und Integration • Arbeitserlaubnis für Geflüchtete nach 3 Monaten • Bund-Länder-Programm „Sofortmaßnahmen in der Bildung“ für Flüchtlinge

Integrationsangebote für alle Flüchtlinge • Zugang zu gesellschaftlicher Teilhabe, Bildung, Ausbildung sowie zu arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen • Qualitativ hochwertige Sprachförderung • Rechtmäßiger Aufenthalt während und nach der Ausbildung • Eigenständiges Einwanderungs- und Integrationsministerium

./.

Unterstützung von KMU mit steuerlicher Förderung der Ausgaben für Forschung und Entwicklung • Start-up Finanzierung, spezielles Förderprogramm für Unternehmensgründungen • „One-Stop-Shop“ für Gründer: Beratung aus einer Hand

Allgemeiner Hinweis zur Notwendigkeit von Bürokratieabbau

Moderne Verwaltung mit E-Government • Barrierefreie E-Government-Dienstleistungen und Open Government



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2017



Arbeitsmarktpolitik & Fachkräftesicherung

Bis 2025 Vollbeschäftigung für Deutschland • Halbierung der Arbeitslosenzahl • Ansiedlung neuer zukunftssicherer Arbeitsplätze im Bereich Digitalisierung sowie im Gesundheits- und im Dienstleistungsbereich • Mehr sozialversicherungspflichtige Beschäftigung für Frauen • Fachkräftezuwanderungsgesetz • Investitionen in die Ausbildung von Kindern arbeitsloser Menschen • Modernisierung des Arbeitszeitrechts • Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe • Neue Arbeitszeitmodelle für bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf

Abschaffung der sachgrundlosen Befristung • Pakt für „anständige“ Löhne und stärkere Tarifbindung • Digitalisierung der Arbeitswelt: gesetzliche Rahmenbedingungen, tarifvertragliche Regelungen und betriebliche Ausgestaltung • Stärkung der sozialen Dienstleistungen • Weiterbildungsoffensive: Ausbau bestehender Qualifizierungsangebote auch mit tariflichen Strategien • Nationale Weiterbildungskonferenz, regionales Fachkräftemonitoring, Innovations- und Beratungszentren für Unternehmen zum Arbeiten 4.0 • Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung • „Arbeitslosengeld Q“ für die Dauer der Teilnahme an Qualifizierungsmaßnahmen, Umbau der Bundesagentur für Arbeit zur Bundesagentur für Arbeit und Qualifizierung • Förderung berufsbegleitender Qualifizierungsmaßnahmen • Persönliches Entwicklungskonto mit öffentlich finanziertem Startguthaben • Höchstdauer bei Arbeitnehmerüberlassung • Prüfung des betriebsübergreifenden Einsatzes von Langzeitkonten • Wahlarbeitszeitgesetz mit mehr Wahlmöglichkeiten für Beschäftigte bei Arbeitszeit und Arbeitsort • Recht auf Vollzeitarbeit nach freiwilliger Teilzeitarbeit • Einkommensbezogene Beiträge zur (freiwilligen) Arbeitslosenversicherung für Selbstständige • Übernahme des Bundesprogramms „Soziale Teilhabe“ in das SGB II • Streichung der Sanktionen für unter 25-Jährige • Weiterentwicklung des Transparenzgesetzes zu einem Entgeltgleichheitsgesetz mit Verbandsklagerecht

Familienpolitik

Rechtsanspruch auf Betreuung im Grundschulalter, Erhalt bestehender Betreuungsangebote, wie Kinderhorte • Steuerbefreiung der Arbeitgeberzuschüsse für Betreuungskosten bis zum Ende der Grundschule ausweiten • Erhöhung des Kinderfreibetrags und des Kindergelds • Anspruch auf befristete Teilzeit in Betrieben ab einer bestimmten Größe • Regelmäßige Beratung von Müttern über Möglichkeiten zur beruflichen Wiedereingliederung • Familien- und Lebensarbeitszeitkonten • Baukindergeld über einen Zeitraum von 10 Jahren • Zentrale Anlauf- und Auskunftsstelle für alle Familienangelegenheiten • Gleichstellung von Frauen in Führungspositionen im öffentlichen Dienst bis spätestens 2025

Verbesserung der Vereinbarkeit von Beruf und Familie, Einführung der Familienarbeitszeit und des Familiengelds, Abkehr vom „Präsenz-Wettbewerb“ im Beruf • Rechtsanspruch auf Ganztagsbetreuung von Kita- und Grundschulkindern • Bekämpfung von Kinderarmut • Einführung eines nach Einkommen und Kinderzahl gestaffelten Kindergelds • Zugang zu Bildung für alle Kinder und gleiche Förderung aller Kinder unabhängig vom Einkommen der Eltern • Rechte von Kindern im Grundgesetz • Wirksamer Jugendschutz • Familienarbeitszeit für Pflegende, Freistellung von der Arbeit mit Lohnersatzleistung • Klarstellung des Rechts auf Nicht-Erreichbarkeit • Beendigung der Lohnungleichheit zwischen Frauen und Männern

Sozialpolitik

Berechenbares und angemessenes Renteneinkommen • Regelung der Rente nach 2030 unter Einbeziehung der Tarifpartner • Vermeidung von Altersarmut • Gleichwertiger Zugang zu Leistungen der Daseinsvorsorge, z. B. durch Einführung von Abweichungen, Sonderregelungen und Öffnungsklauseln

Einbeziehung der nicht im Versorgungswerk abgesicherten Selbstständigen in die gesetzliche Rentenversicherung • Verbesserung der Transparenz mit Hilfe umfassender Auskunftsansprüche • Einführung verpflichtender Prüfverfahren der Entgeltstrukturen nach vorgegebenen Kriterien auch schon in Unternehmen ab 50 Beschäftigten • Paritätische Bürgerversicherung • Rentenniveau von mindestens 48% und Beitragssatz von 22% • Finanzierung durch höheren Steuerzuschuss zur Rentenversicherung und neuen Demografiezuschuss • Gesetzliche Verpflichtung zur betrieblichen Altersversorgung • Ausnahme der Versorgungssysteme, die einen der gesetzlichen Rentenversicherung vergleichbaren Leistungsumfang bieten, beispielsweise Künstlersozialkasse • Unterstützung der regionalen Wirtschaftsstruktur, u. a. bei der Daseinsvorsorge und im Gesundheitswesen

DIE LINKE.



Erhöhung des gesetzlichen Mindestlohns auf 12 Euro • Befristungen stoppen • Verhinderung von Lohndumping durch Leiharbeit und Werkverträge • Gleicher Lohn für gleichwertige Arbeit, verbindliches Entgeltgleichheitsgesetz, Lohnmessungsinstrumente, Niedriglohnbereich abschaffen, familiengerechte Arbeitszeiten schaffen • Soziale Absicherung für alle Beschäftigten, auch für Solo-Selbstständige • Gesetzliche Wochenhöchstleistungszeit auf 40 Stunden reduzieren, Recht auf vorübergehende Arbeitszeitverkürzung • Steuerfinanziertes 120-Milliarden-Euro-Investitionsprogramm zur Schaffung von Arbeitsplätzen • Investition in die öffentliche Daseinsvorsorge und in die öffentliche Infrastruktur • Allgemeine Arbeitszeitverkürzung auf 6 Stunden pro Tag • Recht auf Vollzeitarbeit nach einer Phase der freiwilligen Teilzeitarbeit

Weiterentwicklung der Arbeitslosenversicherung zur Arbeitsversicherung • Mindestlohn für alle • Branchenspezifische Lohnuntergrenzen oberhalb des Mindestlohns • Verbindlicher Flexibilitätszuschlag für Sonn- oder Feiertagsarbeit • Gleiche Bezahlung für Leiharbeit wie feste Einstellung plus Flexibilitätsprämie • „Echtes“ Entgeltgleichheitsgesetz • Wahlarbeitszeiten zwischen 30 und 40 Stunden • Rückkehrrecht auf die ursprüngliche Stundenzahl/Vollzeit • Zeitgemäßer Arbeitsschutz • Erhöhung des Arbeitslosengelds II • Sachgerechte Kinderregelsätze • Umbau der Grundsicherung zur individuellen Leistung • Abschaffung von Sanktionen im SGB II insb. Sonderregeln für unter 25-Jährige und Kosten für Unterkunft und Heizung • Verlässlicher sozialer Arbeitsmarkt für Langzeitarbeitslose • Entlastung von gesetzlich versicherten Selbstständigen mit geringeren Mindestbeiträgen • Freiwillige Arbeitsversicherung für Selbstständige • Einbeziehung aller nicht anderweitig Absicherter in die gesetzliche Rente mit größerer Beitragsflexibilität

Abschaffung des Niedriglohnbereichs • Auszeiten-Regelungen und stärkere Kontrolle von Überstunden und Arbeitszeitgesetzen • Verbindliche Frauenquote von 50 % für alle Aufsichtsräte sowie für die Vorstände aller Unternehmen • Familiengerechte Arbeitszeiten • Rechtsanspruch auf Ganztagsplatz in der Kita, Einführung eines Kita-Qualitätsgesetzes, gebührenfreie Kitas • Ausbau von Ganztagsbetreuung in Schulen sowie von Angeboten für Menschen mit Pflegebedarf • Anti-Stress-Verordnung • Rechtsanspruch auf bezahlte Freistellung bis zu 6 Wochen für die akut notwendige Pflege • Kündigungsschutz für Eltern bis zur Vollendung des sechsten Lebensjahres des Kindes • Kostenfreie Weiterbildungsangebote nach einer schwangerschafts- und erziehungsbedingten Pause • Stärkung der Alleinerziehenden – Ein-Eltern-Familien • Unterhaltsvorschuss bis zum Abschluss der Schule oder Ausbildung, mindestens bis zum 18. Lebensjahr des Kindes • Rechtsansprüche und Beteiligungs- und Mitbestimmungsrechte von Kindern und Jugendlichen stärken

Anspruch für alle auf einen Ganztagsplatz in guter Kita, Kitaplätze beitragsfrei • Rechtsanspruch auf Ganztagesbetreuung in der Grundschule bis zum Ende der vierten Klasse für alle Grundschul Kinder • Flexibler Arbeitszeitkorridor • Dreimonatige „PflegeZeit Plus“ mit Lohnersatzleistung • Verpflichtung der Tarifpartner und Arbeitgeber, tarifliche und nicht-tarifliche Lohnstrukturen auf Diskriminierung zu überprüfen • Wirksames Verbandsklagerecht • Gezielte Förderung von Familien mit Kindern

Streichung sachgrundloser Befristung aus dem Teilzeit- und Befristungsgesetz, Verbot von Kettenbefristungen • Sozialversicherungspflicht ab dem ersten Euro • Abschaffung von Mini- und Midi-Jobs durch Rechtsanspruch auf Mindeststundenzahl von 22 Stunden pro Woche im Arbeitsvertrag • Anhebung des Rentenniveaus auf 53% • Vereinheitlichung und Anhebung der Beitragsbemessungsgrenze • Überführung der Riester-Rente in gesetzliche Rente • ALG-I-Bezug von 3 Jahren • Öffentlich geförderter Beschäftigungssektor • Ausbau der Prozesskosten- und Beratungshilfe • Erhöhung des Kindergelds auf 328 Euro, Kindergrundsicherung in Höhe von zu versteuernden 573 Euro • Inklusives Kinder- und Jugendhilfegesetz • Beitragsfreies Ganztags-Kinderbetreuungsangebot • Pflegevollversicherung mit allen pflegebedingten Leistungen ohne Eigenanteil • Erhalt und Ausweitung der Künstlersozialkasse

Barrierefreie Infrastruktur • Volle Gleichstellung von gleichgeschlechtlichen Paaren etc. • 50% Frauenquote für die 3.500 börsennotierten und mitbestimmten Unternehmen • Kinderarmut bekämpfen, Familien finanziell entlasten, Unterstützung von Alleinerziehenden verbessern • Steuerfinanzierte Garantierente oberhalb der Grundsicherung • Anhebung des Wohngelds • Förderung der regionalen Daseinsvorsorge in strukturschwachen Regionen • Schuldenerlass für Selbstständige mit Beitragsrückständen bei der Krankenversicherung • Einbeziehung von Freiberuflern und Beamten in gesetzliche Rentenversicherung ohne Berücksichtigung bereits erworbener Anwartschaften auf Versorgung und bestehender Beamtenverhältnisse • Förderung der Altersteilzeit durch Teilrente ab 60 Jahren • Erhalt der Künstlersozialkassen



THEMA: BUNDESTAGSWAHL 2017



Gesundheitspolitik	<p>Gesundheitswesen mit der freiberuflichen Ärzteschaft, seiner Selbstverwaltung und gesetzlicher und privater Krankenversicherung hat sich bewährt • Keine Bürgerversicherung • Verbot des Versandhandels mit verschreibungspflichtigen Arzneimitteln • „Masterplan Medizinstudium“ u. a. mit Studienplatzvergabe entlang Abiturnote und weiteren Eignungskriterien • „Nationales Gesundheitsportal“ für verständlichere Gesundheitsinformationen und mehr Transparenz • Freie Arztwahl • Ärztliche Versorgungszentren • E-Health-Gesetz zum Schutz höchstpersönlicher Daten • Förderung des Wettbewerbs unter Krankenkassen und Versicherungen • Modernisierung der Ausbildung in den Pflegeberufen • Verbesserung der Arbeitsbedingungen der Pflegekräfte in Krankenhäusern und der Altenpflege • Abschaffung des Schulgelds für Ausbildung u. a. von Physiotherapeuten, Ergotherapeuten und Logopäden</p>	<p>Offenheit gegenüber unterschiedlichen Kulturen, insbesondere in Aus- und Weiterbildung der Gesundheits- und Pflegeberufe • Unterstützung von Entwicklung im ländlichen Raum durch Investitionen in gute und leicht erreichbare Bildungs- und Gesundheitsangebote • Zugang zu angemessener Gesundheitsversorgung, Basiskrankenversicherungsschutz als soziale Absicherung, bezahlbare Medikamente sowie diskriminierungsfreier Zugang, gerade auch für Frauen und Mütter, zu erreichbaren Gesundheitsdienstleistungen • Unterstützung flächendeckender und miteinander vernetzter Angebote für Gesundheit • Bundeseinheitlicher Rahmen für Gesundheitsfachberufe</p>
Steuerpolitik/ Gewerbsteuer	<p>Keine Steuererhöhung/Steuerquote soll nicht steigen • Einkommensteuer: Um 15 Milliarden Euro senken, „Mittelstandsbauch“ verringern, Solidaritätszuschlag ab 2020 schrittweise, schnellstmöglich abschaffen, Spitzensteuersatz erst ab 60.000 Euro, Kinderfreibetrag in zwei Schritten auf Erwachsenen-Niveau anheben • Finanztransaktionssteuer • Keine Änderungen bei der Erbschaftsteuer • Keine Wiedereinführung der Vermögensteuer</p>	<p>Einkommensteuer: „Mittelstandsbauch“ angehen • Steuersatz von 42% statt ab 54.000 ab 60.000 Euro, Spitzensteuersatz linearprogressiv auf 45% ab 76.200 Euro, Reichensteuer von 3% ab 250.000 Euro, Ehegattensplitting zu Familientarif mit Kinderbonus weiter entwickeln, Solidaritätszuschlag ab 2020 für mittlere und kleine Einkommen bis 52.000 Euro abschaffen • Erbschaftsteuer umfassend reformieren • Subventionen überprüfen und „Privilegien“ zurücknehmen • (Europäische) Finanztransaktionssteuer</p>
Allgemeines	<p>./.</p>	<p>Tariftreueregelungen bei Vergabe öffentlicher Aufträge stärken • Auftragsvergabe über Clouds und Plattformen</p>

Hinweis:

In die Auswertung eingeflossen sind die Wahlprogramme der Parteien, die aktuell im Deutschen Bundestag vertreten sind. Nicht berücksichtigt wurden weitere Positionierungen wie der „Bayernplan“ der CSU oder der „Zukunftsplan“ von SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz.

DIE LINKE.



Arztstühle „gleichmäßiger“ verteilen, Kommunen sollen eigene Gesundheitseinrichtungen betreiben • Grundlegende Bereiche der Daseinsvorsorge wie Gesundheitsversorgung durch öffentliche Hand organisiert • Wettbewerb zwischen Krankenkassen, Ärzteschaft, Krankenhauslandschaft und Apothekern zurückdrängen, deren Versorgerfunktion im Gemeinwohlinteresse in den Mittelpunkt rücken • Solidarische, barrierefreie Gesundheitsversicherung • Wiederherstellung der paritätischen Finanzierung • Absenkung des Beitragssatzes auf dauerhaft unter 12% • Beschränkung der Privaten Krankenversicherung auf Zusatzleistungen • Rückkehr zum Sachleistungsprinzip ohne Zuzahlung • Bedarfsgerechte Finanzierung von Krankenhäusern • Begrenzung von Medikamentenpreisen • Stärkung der Qualifizierung und bessere Bezahlung der Gesundheits- und Heilberufe, gebührenfreie Ausbildungen in Gesundheitsberufen, gebührenfreies Direktstudium für Psychotherapeuten • Stärkung des heilberuflichen Charakters des Apothekerberufs, Begrenzung des Arzneimittelversandhandels, Stärkung der wohnortnahen Versorgung • Einführung eines öffentlichen Studienregisters für Arzneimittelstudien • Gesetzliche Regelung über Zuwendungen der Pharmaindustrie an Mediziner sowie andere Heilberufe • Abschaffung von Rabattverträgen etc. • Weiterentwicklung des Europäischen Sozialfonds • Patientenentschädigungsfonds • Verständlichere Gesundheitsinformationen und mehr Transparenz im Hinblick auf die Qualität der medizinischen und pflegerischen Leistungen

Bürgerversicherung • Stärkung der Forschung bezüglich der Wirkungen von Pestiziden auf die Umwelt und die menschliche Gesundheit • Bessere Vernetzung, Koordination und Zusammenarbeit im Gesundheitswesen • Planung ambulanter und stationärer Leistungen • Weiterentwicklung der gesetzlichen und privaten Krankenversicherungen zu einer Bürgerversicherung • Abschaffung der Zuzahlungen für Medikamente und andere Selbstbeteiligungen • Gesetzliche Haftpflichtversicherung für Hebammen und andere Gesundheitsberufe • „Gute“, zahlenmäßig ausreichende und kostenlose Ausbildung aller Gesundheitsberufe • Reform der Psychotherapeutenausbildung

Einkommensteuer: Alle Einkommen unter 12.600 Euro steuerfrei, Spitzensteuersatz von 53% ab 70.000 Euro, Reichensteuer von 60% ab 260.533 Euro und 72% ab 1 Million Euro, Ehegattensplitting durch familienfreundliche Steuermodelle ersetzen • Abgeltungssteuer abschaffen und Einkünfte aus Kapitalerträgen nach individuellem Einkommensteuersatz versteuern • Körperschaftsteuer auf 25% • Ermäßigte Umsatzsteuer etwa für arbeitsintensives Handwerk und Arzneimittel • Vermögensteuer von 5% bei einem Freibetrag von einer Million Euro beziehungsweise 5 Millionen Euro für betriebsnotwendiges Vermögen • Steuer auf hohe Erbschaften erhöhen, dadurch erwartete jährliche Mehreinnahmen: 5 Milliarden Euro • Gewerbesteuer in Gemeindefinanzwirtschaft umwandeln, Freiberufler einbeziehen, Bemessungsgrundlage ausweiten auf Pachten, Mieten, Leasingraten und Lizenzgebühren, Freibetrag auf 30.000 Euro anheben und Steuer bei Einkommensteuer berücksichtigen • Bundesfinanzpolizei aufbauen • Finanztransaktionssteuer von 0,1%

Einkommensteuer: Erhöhung Grundfreibetrag, Spitzensteuersatz ab 100.000 Euro erhöhen, Kapitalerträge einbeziehen • Vermögensteuer für „Superreiche“ unter Berücksichtigung des Erhalts von Arbeitsplätzen und Innovationskraft von Unternehmen • Falls erneute BVerfG-Befassung der Erbschaftsteuer einfacheres und „gerechteres“ Modell entwickeln, u.a. für Mittelstand und Selbstständige Steuersystem vereinfachen, etwa durch Erhöhung der GWG-Abschreibung auf 1.000 Euro, Prüfung Anhebung Kleinunternehmergrenze • (Nicht weiter spezifizierte) kommunale Wirtschaftssteuer • Finanztransaktionssteuer

Wirtschaftsräte, die den sozialen und ökologischen Umbau der Wirtschaft begleiten • Unternehmen der Daseinsvorsorge u. a. in öffentliche (oder genossenschaftliche) Hand und in gesellschaftliche Eigentumsformen überführen • Stärkung der Tarifbindung innerhalb der Vergabepolitik der öffentlichen Hand • Ausbau der Verbandsklagemöglichkeiten

Jahreswohlstandsbericht einführen, der auch ökologische, soziale, gleichstellungspolitische und gesellschaftliche Entwicklungen misst